

# Beuna Kämpft!

## VERFAHREN Unterlagen für geplante Klärschlammanlage werden ausgelegt.

VON UNDINE FREYBERG

**MERSEBURG/BRUNNSBEDRA/MZ** - Das sind mehrere Kilo Papier verteilt auf sechs Ordner, die sich da aufstürmen. Der Inhalt: alle Informationen rund um den geplanten Bau einer Klärschlamm-trocknungs- und -verbrennungsanlage mit Phosphatdüngemittelherstellung, welche die Firma Wies Umwelt-Service GmbH auf der Gemarkung von Beuna (Merseburg) und Frankleben (Braunsbedra) bauen will. Bauantrag, Um-

we will sie die Unterlagen durcharbeiten, um herauszufinden, gegen welche Teile Einwendungen vorgebracht werden können. „Und die müssen ja sachlich fundiert sein“, so Arndt. Die Äußerung von Merseburgs OB Jens Bühligen (CDU), der Bürgerinitiative einen Anwalt zur Seite zu stellen, der von der Stadt bezahlt werden sollte, begrüßte Arndt. Der Grünen-Landtagsabgeordnete Sebastian Striegel hatte hier allerdings gleich öffentlich Zweifel angemeldet. Die Stadt sei in das Verfahren involviert und könne daher nicht parallel die Bürgerinitiative aufmunitionieren, außerdem er unter anderem gegenüber der MZ: „Wir fanden die Äußerungen von Herrn Striegel nicht gut“, sagte Doris Arndt. Für sie habe das schon etwas von Wahlkampf.

„Wir fanden die Äußerungen von Herrn Striegel nicht gut.“

Doris Arndt  
Sprecherin der Bürgerinitiative

weltverträglichkeitsstudie, Risikoanalyse - in all diese Unterlagen können interessierte Bürger seit Mittwoch Einsicht nehmen.

Die ersten, die diese Möglichkeit nutzten, waren Mitglieder der Bürgerinitiative (BI) Beuna/Reipisch/Frankleben/Großkayna, die sich gegründet hat, um die Anlage zu verhindern. Beunas Ortsbürgermeisterin Alexandra Schöbel (SPD), auch Mitglied in der BI, informierte sich mit zwei weiteren Mitgliedern im Stadtentwicklungsamt in Merseburg. BI-Sprecherin Doris Arndt und Mitglied Lothar Heilmann taten dasselbe im Bauamt von Braunsbedra. Das Problem: Die Unterlagen (mehrere hundert Seiten) liegen nicht digital, sondern nur in Papierform vor, können aber abfotografiert oder kopiert werden. Die Unterlagen in digitaler Form zu haben, würde aus Arndts Sicht alles vereinfachen. „Aber man möchte es seinem Gegner ja so schwer wie möglich machen“, schmunzelt sie. Gemeinsam mit anderen Mitgliedern der Initiati-

on Die Unterlagen für die geplante Anlage sind bis 1. Februar im Bauamt Braunsbedra sowie im Stadtentwicklungsamt Merseburg einzusehen.

## VERHINDERUNG der Klärschlamm-trocknungs- und -verbrennungsanlage am Standort Beuna/Großkayna

Wir laden alle Anwohner ein zur:

### 4. Bürgerinformationsveranstaltung der Bürgerinitiative

(Aktionsbündnis der betroffenen Gemeinden Beuna/Reipisch/Frankleben/Großkayna)

#### Gäste:

#### die Landtagsabgeordneten:

Herr Sebastian Striegel (Bündnis 90/Die Grünen) und Frau Kerstin Eisenreich (Die Linke),

#### der Stadtrat:

Detlef Walloch

**Wann:** Montag, d. 14.01.19, 18:00 Uhr

**Wo:** Sportgaststätte Beuna

Wir möchten Sie informieren!

**Die Anlage ist noch nicht verhindert!**

Wir kämpfen dagegen, dass unsere ohnehin geplante Heimat, zur „Kloake“ wird!

Bitte unterstützen Sie uns!

## BESCHLUSS Bauausschuss und Umweltausschuss lehnen den Bau der Klärschlamm-anlage in Beuna ab.

VON UNDINE FREYBERG

**MERSEBURG/MZ** - Wie wird diese Sache ausgehen? Darf die Klärschlamm-trocknungs- und -verbrennungsanlage auf der Gemarkung Beuna gebaut werden? Die Merseburger Stadträte machen es dem Antragsteller, der Firma Wies Umwelt-Service GmbH, jedenfalls nicht leicht. In einer gemeinsamen Sondersitzung von Bauausschuss und Ordnungs- und Umweltausschuss haben die

Verfahren als nicht privilegiert angesehen, steht der Landkreis offenbar auf dem entgegengesetzten Standpunkt. „Wenn der Landkreis der Meinung ist, dass unser abgelehntes Einvernehmen rechtmäßig ist, dann müsste der Kreis es ersetzen“, meldete sich Steffen Eichner, der SPD-Fraktionschef und stellvertretender Präsident des Landesverwaltungsamtes zu Wort. Das sei ein Verwaltungsakt, was bedeute, dass jederzeit ein gerichtlicher Einspruch möglich sei. Dies könne sich dann sehr lange hinziehen.

„Dann müsste der Kreis es ersetzen.“

Steffen Eichner  
SPD-Fraktionschef

Stadträte es mit überwiegender Mehrheit und nur zwei Enthaltungen abgelehnt, das gemeindliche Einvernehmen zum Bau der Anlage zu erteilen.

Für diese Entscheidung hatten sie zu beurteilen, ob die Erschließung (Wasser, Abwasser, Löschwasser, Zufahrt) gesichert ist. Das ist offensichtlich der Fall. Ob es sich um ein privilegiertes Vorhaben handelt - es also zum Beispiel für die öffentliche Versorgung mit Elektrizität, Gas, Telekommunikationsdienstleistungen, Wärme und Wasser oder der Abwasserwirtschaft nötig ist - oder ob dem Ganzen öffentliche Belange entgegenstehen. Während die Stadtverwaltung und die Stadträte das

Das schlagendste Argument, das gemeindliche Einvernehmen zum Bau der Anlage zu versagen, ist aus Sicht von Stadträten, Stadtentwicklungsamt und einem Gutachter jedoch die Tatsache, dass es sich bei der Anlage offensichtlich um eine Abfallbeseitigungsanlage handeln würde. Dafür seien laut Beschlussvorlage allerdings im Regionalen Entwicklungsplan Halle bereits bestimmte Standorte vorgesehen - zum Beispiel in Weißenfels, Leuna und Stedten, die schon mehr als den örtlichen Bedarf abdecken. Damit stünden der Anlage in Beuna öffentliche Belange entgegen.

Es ist davon auszugehen, dass auch der Hauptausschuss und Stadtrat das gemeindliche Einvernehmen versagen werden. Dieses hat allerdings nichts mit dem noch laufenden Genehmigungsverfahren nach Bundesimmissionschutzgesetz zu tun. In der Stadt Braunsbedra, in deren Ortsteil Frankleben auch ein Teil der Anlage entstehen soll, hat es noch keine Entscheidung gegeben.



Die Antragunterlagen der Firma Wies füllen mehrere Ordner. FOTO: WOLK

**Die Informationsveranstaltung der Bürgerinitiative zur Verhinderung der Klärschlammverbrennungsanlage war ein voller Erfolg. Nicht nur der Saal im Sportlerheim war voll, sondern auch die Kasse zur Finanzierung eines Rechtsbestandes für die Bürgerinitiative füllte sich in unerwartet hohem Maß.**

## Bürger legen zusammen

**AUFREGER** Um eine geplante Klärschlamm-anlage zu verhindern, wird Geld für einen Anwalt gesammelt. Muss die Initiative klagen?

VON UNDINE FREYBERG

**BEUNA/MZ** - „Mit dieser Summe hätte ich nie im Leben gerechnet“, strahlt Sprecherin Doris Arndt. 1.230 Euro steckten am Ende in der Spendenbox, die die Bürgerinitiative (BI) Beuna/Reipisch/Frankleben/Großkayna bei ihrer Informationsveranstaltung im Beunaer Sportlerheim aufgestellt hatte. Der Initiativkreis der BI wollten an diesem Abend Auskunft über den aktuellen Stand im Kampf gegen die Errichtung einer Klärschlammverwertungsanlage geben und die Fragen der Bürger beantworten.

Dabei sollte auch um Spenden geworben werden, damit eine Anwaltskanzlei beauftragt werden kann, die eine fachlich fundierte Einwendung gegen den Antrag der Firma Wies zur Errichtung einer Klärschlamm-trocknungs- und -verbrennungsanlage in Beuna und Frankleben schreibt. Man hat sich dabei für den Rechtsanwalt Philipp Heinz aus Berlin entschieden, der ein Büro für Bau-, Umwelt und Planungsrecht unterhält und deutschlandweit bereits in den verschiedensten Verfahren Bürgerinitiativen und Kommunen vertreten hat. Noch in dieser Woche wird die Bürger-



Neben Doris Arndt sitzen bei der Infoveranstaltung Kerstin Eisenreich, Detlef Walloch, Sebastian Striegel und Rositta Schnell (v.l.). FOTO: FREYBERG

„Mit dieser Summe hätte ich nie im Leben gerechnet.“

Doris Arndt  
Sprecherin der Bürgerinitiative

initiative den Anwalt beauftragen. Ziel ist es, die geplante Klärschlammverwertungsanlage mit Phosphatdüngemittelherstellung schon im Genehmigungsverfahren zu verhindern, so dass der Klageweg erst gar nicht beschritten werden muss. Die Landtagsabgeordneten Kerstin Eisenreich (Linke) und Sebastian Striegel (Grüne) appellierten deshalb an die Zuhörer, die Initiative zu un-

terstützen. Striegel, der sagte, dass er es prinzipiell richtig finde, dass der Rohstoff Phosphat zurückgewonnen wird, forderte dazu auf, die Merseburger Stadträte nochmals anzusprechen. Außerdem sollten die Städte Merseburg und Braunsbedra nach Möglichkeit ihr gemeindliches Einvernehmen zur Errichtung der Anlage versagen, was allerdings nicht ganz einfach ist. Steffen Eichner, der stellvertretende Präsident des Landesverwaltungsamtes ist, in dieser Sache aber als der SPD-Fraktionschef in Merseburger Stadtrat und Mitglied des Bauausschusses anwesend war, erklärte, dass die Anlage aus seiner Sicht bauplanungsrechtlich nicht genehmigungsfähig sei, da eine solche Industrieanlage nicht im Außenbereich einer Ortschaft entstehen dürfe.

Die Bürgerinitiative rechnet im Augenblick mit Kosten von rund 5.000 Euro für die Arbeit des Anwalts, die Hälfte davon habe man bereits durch Spenden von Eisenreich, Striegel und dem Merseburger Stadtrat Detlef Walloch (Linke) zusammenbekommen, erklärte Arndt den rund 100 Anwesenden. Daraufhin landeten einige 50-Euro-Scheine in der Spendenbox.

LOKALES

MER 8. FEBRUAR 2019 11

## Nein zu einer Anlage für Entsorgung



Doris Arndt (r.) und Lothar Heilmann von der Bürgerinitiative informieren sich im Bauamt der Stadt Braunsbedra. FOTO: FETTER WOLK